

Poststelle (BMJV)

Von:

Gesendet:

An:

Betreff:

Anlagen:

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	
Abt. II	Ref. A4
09.04.2015 09:01	
Anlagen	
geheftet	fach
	Doppel

Schnell, Axel (bpa) <Schnell@bpa.de>

Mittwoch, 8. April 2015 16:28

Poststelle (BMJV)

Aktenzeichen IIA4 – 4027-3-9-23 59/2015 - Entwurf eines Gesetzes zur
Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen

bpa-Stellungnahme Referentenentwurf Korruptionsbekämpfungsgesetz für
das Gesundheitswesen 2015-04-08.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen Stellung nehmen zu können. Anbei erhalten Sie dazu unsere Positionierung. Wir begrüßen den Gesetzentwurf grundsätzlich, sprechen uns aber dafür aus, § 299 a Abs. 1 StGB auf Angehörige akademischer Heilberufe zu beschränken, da für die nicht akademischen Gesundheitsfachberufe der Pflege die allgemeinen Strafvorschriften des § 299 StGB ausreichend sind.

Sofern Sie zu dem Gesetz noch eine mündliche Anhörung in Ihrem Hause durchführen, wären wir für eine Einladung sehr dankbar.

Gerne stehen wir Ihnen für Nachfragen zu den Auswirkungen des Gesetzes auf die Pflege zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
bpa-Bundesgeschäftsstelle

Axel Schnell
(Leiter der Bundesgeschäftsstelle)

bpa.Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Friedrichstr. 148
10117 Berlin

Tel.: +49 30 308788-60
Fax: +49 30 308788-89

www.bpa.de

II A4
Dr. Wahlen
Ru 1414

jede 3. Mehr als jede dritte Pflegeeinrichtung
in Deutschland ist Mitglied im bpa www.bpa.de

bpa

**Bundesverband privater Anbieter
sozialer Dienste e.V.
(bpa)**

Stellungnahme zum

**Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Korruption im Ge-
sundheitswesen**

Referentenentwurf

Berlin, 8. April 2015

Vorbemerkung

Der **Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V. (bpa)** bildet mit mehr als 8.500 aktiven Mitgliedseinrichtungen die größte Interessenvertretung privater Anbieter sozialer Dienstleistungen in Deutschland. Einrichtungen der ambulanten und (teil-) stationären Pflege, der Behindertenhilfe und der Kinder- und Jugendhilfe in privater Trägerschaft sind im bpa organisiert. Die Mitglieder des bpa tragen die Verantwortung für rund 260.000 Arbeitsplätze und ca. 20.000 Ausbildungsplätze. Mit rund 4.250 Pflegediensten, die ca. 195.000 Patienten betreuen, und 4.250 stationären Pflegeeinrichtungen mit etwa 280.000 Plätzen vertritt der bpa mehr als jede dritte Pflegeeinrichtung bundesweit. Vor diesem Hintergrund nimmt der bpa wie folgt Stellung.

Grundsätzliche Bewertung

Der bpa begrüßt grundsätzlich das Vorhaben der Bundesregierung, vereinzelt korruptiven Praktiken mit Mitteln des Strafrechts entgegenzutreten. Auch nach Ansicht des bpa beeinträchtigt Korruption den Wettbewerb, verteuert medizinische Leistungen und untergräbt das Vertrauen von Patienten in die Integrität heilberuflicher Entscheidungen.

Für die nicht akademischen Gesundheitsfachberufe der Pflege sind allerdings bereits die allgemeinen Strafvorschriften des § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr) völlig ausreichend. Es ist nicht ersichtlich, welche generalpräventive Relevanz der neue § 299a StGB für nicht akademische Gesundheitsfachberufe haben sollte.

Der Entwurf sollte daher nach Auffassung des bpa wie folgt überarbeitet werden:

- § 299a Abs. 1 StGB sollte auf „Angehörige akademischer Heilberufe“ beschränkt werden.

Im Einzelnen:

In der Pflege arbeiten ganz überwiegend Angehörige der Gesundheitsfachberufe (Altenpfleger/innen und Krankenpfleger/innen, Kinderkrankenpfleger/innen sowie Altenpflegehelfer/innen und Krankenpflegehelfer/innen). Die Pflegekräfte arbeiten nicht freiberuflich, sondern fast ausschließlich als Angestellte in den Einrichtungen und verfügen innerhalb des Gesundheitswesens mangels eigener Berechtigung zur Verschreibung von Arzneimitteln oder Verordnungen über keinerlei

**konzentrierte Entscheidungsbefugnisse. Sie haben keine Lenkungs-
funktion und Schlüsselposition wie Ärzte oder Apotheker inne und
sind daher auch kein typisches Ziel von Dritten, die sich durch unlau-
tere Einflussnahme auf diese Berufsgruppe einen rechtswidrigen
Vorteil verschaffen könnten.** Die Motivation des Gesetzentwurfes liegt
dagegen ersichtlich in der Strafrechtslücke durch die Entscheidung des
Großen Senats des Bundesgerichtshofes vom 29.03.2012 (GSSt 2/11)
begründet, die sich allein auf die Anwendbarkeit der Amtsträgerdelikte für
niedergelassene Ärzte bezog.

Die Gesetzesbegründung lehnt eine Begrenzung des Täterkreises auf
akademische Heilberufsgruppen zwar ab. Es wird dort aber selbst ausge-
führt, dass die nicht-akademischen Heilberufsgruppen nicht in demselben
Maß wie Ärzte und Apotheker in die Ausgabenverteilung im Gesundheits-
wesen eingebunden sind und damit das generelle Risiko unlauterer Ein-
flussnahme auch geringer ausfällt. Dennoch könne daraus nicht gefolgert
werden, dass korruptive Praktiken bei den nicht-akademischen Heilberu-
fen weniger strafwürdig seien. Daher sei auch für die Leistungen dieser
Berufsgruppe mit Mitteln des Strafrechts sicherzustellen, dass sie frei von
unzulässiger Einflussnahme erbracht werden. Dem kann nicht gefolgt
werden. Bezeichnenderweise nennt die Gesetzesbegründung zwar für
Ärzte und Apotheker zahlreiche Beispiele korruptiver Praktiken, für die
nicht-akademischen Gesundheitsfachberufe bleibt sie aber konkrete Bei-
spiele schuldig. Lediglich die hypothetische Möglichkeit einer unrechtmä-
ßigen Beeinflussung bei der Leistungserbringung im Rahmen von Modell-
versuchen nach § 63 Abs. 3c SGB V wird angeführt.

**Nach Auffassung des bpa gibt es insgesamt keine belastbaren Er-
kenntnisse, die auf eine gesteigerte Bestechungsanfälligkeit der
nicht-akademischen Gesundheitsfachberufe schließen lassen könn-
ten. Die in der Gesetzesbegründung angeführten wagen Argumente
dürfen nicht dazu führen, dass ein ganze Berufsgruppe einem Straf-
tatbestand unterworfen und von zusätzlichen Strafvorschriften be-
droht wird, obwohl es bereits ausreichend andere Tatbestände gibt,
die strafwürdiges Verhalten bei den Gesundheitsfachberufen erfassen
und auch sanktionieren.** Dazu gehören vor allem § 299 StGB (Be-
stechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 263 StGB (Be-
trug), § 266 StGB (Untreue) sowie § 267 StGB (Urkundenfälschung).

**Der bpa fordert daher für § 299a Abs. 1 StGB insgesamt eine Be-
schränkung auf Angehörige akademischer Heilberufe.**

– Ende der Stellungnahme –